

Sekretariat der  
Staatspolitischen Kommission  
des Nationalrates  
Parlamentsdienste  
3003 Bern  
[spk.cip@parl.admin.ch](mailto:spk.cip@parl.admin.ch)

Bern, 2. Juli 2015 sgv-KI/ds

**Vernehmlassung: 13.443 n Pa.Iv. SPK-NR. Angemessene Vertretung der Sprachgemeinschaften in einem Bundesrat mit neun Mitgliedern**

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Schweizerische Gewerbeverband sgv, die Nummer 1 der Schweizer KMU-Wirtschaft, vertritt 250 Verbände und gegen 300'000 Unternehmen. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

Mit Schreiben vom 19. Januar 2015 lädt uns die Staatspolitische Kommission des Nationalrates ein, zum Vorentwurf über die parlamentarische Initiative 13.445 betreffend angemessener Vertretung der Sprachgemeinschaften in einem Bundesrat mit neun Mitgliedern Stellung zu nehmen.

Die Staatsleitungsreform ist seit Jahren ein Thema. Erst Ende September 2012 wurde die Vorlage (01.080) zu Ende beraten. Das Ergebnis nach jahrelanger Beratung darf als dürftig bezeichnet werden. Die jetzt vorliegende Reform möchte mit einer Änderung von Artikel 175 der Bundesverfassung die Zahl der Mitglieder des Bundesrates von sieben auf neun erhöhen. Damit soll einerseits eine bessere Vertretung der unterschiedlichen Landesgegenden und Sprachregionen ermöglicht werden, zum anderen sollen die erheblich grösser gewordenen Aufgaben der Regierung auf mehr Schultern verteilt werden können. Die angemessene Vertretung der verschiedenen Landesgegenden und Sprachregionen im Bundesrat soll nach wie vor in Artikel 175 Absatz 4 BV festgehalten werden.

Der Schweizerische Gewerbeverband sgv lehnt den Vorschlag, den Bundesrat auf 9 Mitglieder zu erhöhen, ab. Zum einen ist auch mit einer Aufstockung der Landesregierung von 7 auf 9 Mitgliedern eine regional ausgewogene Vertretung der Bundesräte nicht zu erreichen. Die mit der Vorlage geforderte Abbildung der Vielfalt lässt sich nicht verwirklichen. Mit der Vorlage soll gemäss Vernehmlassungsbericht auch die Arbeitslast der einzelnen Bundesrätin, des einzelnen Bundesrates reduziert werden. Ein grosser Teil der laufenden Mehrbelastung der Mitglieder der Landesregierung ist hausgemacht und in erster Linie von der Verwaltung getrieben.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

**Schweizerischer Gewerbeverband sgv**

  
Hans-Ulrich Bigler  
Direktor

  
Dieter Kläy  
Ressortleiter